

# 1 Netzland Niedersachsen: Aufbruch ins digitale Zeitalter



## 3 1. Die Chancen der digitalen Gesellschaft erkennen

4 Wir leben in einer Zeit des Wandels. Nichts verändert und prägt die Gesellschaft so stark wie  
5 die digitale Revolution. Die digitale Gesellschaft ist die Folge, in der das Internet eine zentrale,  
6 verbindende Rolle spielt. Dabei entstehen neue Entwicklungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen  
7 und für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, Demokratie, Wirtschaft und Wissenschaft.  
8 Das Internet prägt die soziale, kulturelle und berufliche Lebenswirklichkeit vieler Menschen  
9 und stellt sie gleichzeitig vor neue Herausforderungen. Die Nutzung der neuen Kommunikati-  
10 ons- und Informationsmöglichkeiten ist längst integraler Bestandteil unseres Alltagslebens.  
11 Wir begrüßen diesen Wandel – er ist für uns der Inbegriff von Fortschritt. Wir wollen dafür Sor-  
12 ge tragen, dass unser Land Niedersachsen von diesem Fortschritt profitiert und nicht abge-  
13 hängt wird.

14 Der Zugang zum Internet entscheidet schon heute über Bildungsabschlüsse und damit Zu-  
15 kunftschancen. Besonders im Bereich der Kinder- und Jugendmedienkompetenz entstehen  
16 somit neue Ansätze für gute Bildung und Ausbildung. Das Internet als Ort des Wissens und des  
17 interkulturellen Austausches bietet gerade Schulen und Bildungsstätten fast unbegrenzte  
18 Möglichkeiten. Damit werden die Grundlagen für gute Arbeit gelegt. Wir wollen soziale, tech-  
19 nologische und ökonomische Barrieren einreißen, um allen Menschen den Zugang zum Inter-  
20 net zu ermöglichen.

21 Das Internet hat unsere Arbeitswelt erheblich verändert. Sie wird flexibler, selbstständiger –  
22 aber auch abhängiger von Technologie. Immer häufiger mischt sich diese Entwicklung mit dem  
23 Willen der Menschen nach Selbstbestimmung und Autonomie. Die Entgrenzung von Arbeits-  
24 zeiten durch ständige Erreichbarkeit und zunehmend dezentrale Strukturen werfen neue Fra-  
25 gestellungen auf. Autonomie und Freiheit im Arbeitsleben können dabei mit Überforderung,  
26 Zeitdruck und sozialer und ökonomischer Verunsicherung einhergehen. Neu entstehende Be-  
27 rufsfelder im IT- oder Online-Bereich müssen deswegen mit neuen Angeboten für soziale Si-  
28 cherung, Ausbildung und Weiterbildung kombiniert werden.

29 Gerade Informations- und Telekommunikationsunternehmen (ITK) sind der Innovations- und  
30 damit Wachstumsmotor der Wirtschaft. Wie fundamental die Auswirkungen von ITK-  
31 Technologie auf Wirtschaft und Gesellschaft sind, zeigt sich primär bei der Betrachtung der  
32 großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit und der Frage nach möglichen Lö-  
33 sungsstrategien. E-Energy, E-Mobility, E-Health und E-Learning sind bisher nur Schlagworte –  
34 sie geben aber einen Ausblick auf eine gemeinsame Strategie von Politik und Wirtschaft. Nie-  
35 dersächsische Politik muss diesen Konzepten durch Formen der organisatorischen Kooperation  
36 und Arbeitsteilung zum Erfolg verhelfen.

37 Das Internet bietet auch enorme Chancen für die Demokratisierung des politischen Prozesses  
38 und die Effizienz, aber auch Transparenz von Exekutivhandeln. Ministerien sowie staatliche  
39 und kommunale Behörden durch das Internet neue Beteiligungsformen und Partizipations-  
40 möglichkeiten schaffen und Verwaltungsstrukturen im Sinne der Bürger vereinfachen und op-

41 timieren. Dabei sind Transparenz und Bürgernähe eben kein Beiwerk, sondern die Grundmotive  
42 des Fortschritts.

43 Im Kontext dieses Fortschritts formiert sich ein neues Politikfeld namens Netzpolitik. Sie ist  
44 keine rein technische oder prozessgestaltende Stoßrichtung, sondern ein eigenständiges Poli-  
45 tikfeld, das sich durch sämtliche, mithin klassische Politikbereiche zieht. Netzpolitik ist Bil-  
46 dungs-, Sozial-, Gesellschafts-, Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik zugleich. Sie ist letztlich  
47 ein integraler Teil einer Politik für eine Revitalisierung unserer Demokratie. Und sie spielt sich  
48 nicht nur auf europäischer und Bundesebene ab, sondern betrifft gerade Landes- und Kommu-  
49 nalpolitik – dort, wo das Alltagsleben von Menschen durch politisches und Verwaltungshan-  
50 deln direkt beeinflusst wird.

51 In den vergangenen Monaten und Jahren haben Parteien und Parlamente auch in Niedersach-  
52 sen auf verschiedene Entwicklungen der digitalen Gesellschaft häufig mit Verboten und Re-  
53 striktionen reagiert. Netzpolitische Ideen finden nur schwerlich Gehör. Ansätze, die die Chan-  
54 cen und Potenziale des Internets für unsere Gesellschaft in den Mittelpunkt gestellt haben,  
55 waren und sind Mangelware. Wir meinen hingegen: Niedersachsen muss endlich die Chancen  
56 und Potenziale, die das Internet für Land und Menschen bietet, offensiv ergreifen. Für die nie-  
57 dersächsische SPD sind dabei demokratische Teilnahme und gesellschaftliche Teilhabe, wirt-  
58 schaftlicher Fortschritt, sozialer Ausgleich und Nachhaltigkeit die zentralen Bausteine einer  
59 modernen Netzpolitik. Wir wollen unser Land zu einem Netzland Niedersachsen machen. Wir  
60 wollen den Aufbruch in die digitale Gesellschaft auch in unserem Land gestalten.

## 61 **2. Die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft ermöglichen**

62 Die digitalen Medien sind zu einem unverzichtbaren Bestandteil unseres Alltags geworden. In  
63 allen Lebensbereichen eröffnen sie nie dagewesene Informations- und Kommunikationsmög-  
64 lichkeiten. Informationsbeschaffung über neue Medien wird in wenigen Jahren die wichtigste  
65 Form in der Gesellschaft sein. Darauf muss die Politik vorbereitet sein. Die niedersächsische  
66 SPD will diesen Prozess mitgestalten, um Chancen zu nutzen, ohne dabei die Gefahren zu ver-  
67 harmlosen. Die gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zum Wissen für alle ist dabei von  
68 enormer Bedeutung. Der Schlüssel dazu ist die Vermittlung von Medienkompetenz in allen  
69 Bereichen der Bildung. Medienkompetenz ist die entscheidende Grundlage für digitale Teilha-  
70 be. Sie muss zum festen Bestandteil von Bildung und Erziehung in Schulen, Kindertagesstätten  
71 und der Weiterbildung werden. Nur eine systematische Bildung von Jung und Alt sorgt dafür,  
72 dass die neuen Medien souverän genutzt werden können.

73 Kinder und Jugendliche müssen auch im Netz vor jugendgefährdenden Inhalten geschützt wer-  
74 den – aber so, dass ihre eigene Betätigungsmöglichkeiten im Internet nicht darunter leiden.  
75 Wer nur auf restriktive Regelungen setzt und jungen Menschen die Nutzung des Internets oder  
76 die Gestaltung eigener Webangebote erschwert oder unmöglich macht, schließt Jugendliche  
77 aus. Medienkompetenz lässt sich nicht durch das Verbot von Angeboten erlernen; vielmehr  
78 ist die medienpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen notwendig. Die niedersächsi-  
79 sche SPD setzt auf einen aktiven Kinder- und Jugendschutz im Internet, der sich durch verstärk-  
80 te Medienpädagogik, im Netz geschützte Bereiche, besseren Datenschutz in sozialen Netzwer-  
81 ken, Beschwerdeseiten der Plattformbetreiber und jugendgerechte Beratungsseiten auszeich-  
82 net.

83 Bei der Vermittlung von Medienkompetenz kommt den Schulen und Hochschulen eine ent-  
84 scheidende Rolle zu. Die technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen muss modernsten  
85 Ansprüchen genügen. Dabei ist es wichtig, allen Kindern und Jugendlichen (auch denen mit  
86 Migrationshintergrund) unabhängig von den Leistungsmöglichkeiten in den Elternhäusern die  
87 technische Grundausstattung zur Verfügung zu stellen. SchülerInnen brauchen kostenlose  
88 Hotspots und Verleih-Laptops. Des Weiteren müssen medienkompetente Lehrkräfte und wei-  
89 tere IT-Experten zur personellen Grundausstattung von Kindertagesstätten und Schulen gehö-  
90 ren. In Niedersachsen muss die digitale Kompetenz ein grundlegendes Element in der Ausbil-  
91 dung pädagogischer Fachkräfte (LehrerInnen, ErzieherInnen, ErwachsenenbildnerInnen und  
92 SozialpädagogInnen) werden. Im Schulalltag müssen Curriculae so angepasst werden, dass  
93 Medienpädagogik als Querschnittsaufgabe für alle Fächer durchgesetzt wird und für alle Schul-  
94 formen Bildungsstandards für Medienkompetenz verbindlich werden. Die Vermittlung von  
95 Medien- und Informationskompetenz an Menschen aus allen sozialen Schichten, aus allen Al-  
96 tersgruppen und mit den unterschiedlichsten Bildungs- und Informationsinteressen ist Kern-  
97 aufgabe von Bibliotheken und Informationseinrichtungen. Ihre Arbeit ist daher in Niedersach-  
98 sen zu stärken und auszubauen.

99 Digitale Kompetenz ist für alle Altersgruppen von Bedeutung. Daher bedarf es einer institutio-  
100 nellen Verankerung der medienpädagogischen Angebote für Erwachsene sowie für Seniorin-  
101 nen und Senioren. Medienbildung muss zum integralen Bestandteil der Aus- und Weiterbil-  
102 dung in sämtlichen Bereichen der Erwachsenen- und Seniorenarbeit werden. Für die nieder-  
103 sächsische SPD ist dabei die generationsübergreifende Medienarbeit zentraler Bestandteil die-  
104 ses Handelns.

105 Medienforschung muss die Entwicklung der digitalen Gesellschaft begleiten. Wie entwickelt  
106 sich der Umgang mit der neuen Medienwelt im Berufsleben, im Alltag und in den Familien?  
107 Welche Konsequenzen hat dies für unsere Gesellschaft? Welche neuen technischen Möglich-  
108 keiten ergeben sich? Diese und weitere Fragen sind durch wissenschaftliche Einrichtungen zu  
109 bearbeiten. Die niedersächsische SPD will die Kommunikations- und Medienwissenschaften  
110 auch durch die Einrichtung von Lehrstühlen für Netzpolitik an den Universitäten und Fach-  
111 hochschulen stärken und ausbauen.

112 Wer an der digitalen Gesellschaft teilhaben will, muss auch die Zugangsmöglichkeit zum Netz  
113 erhalten. Die Breitbandversorgung ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge. Hier gibt es in  
114 Niedersachsen vor allem in den ländlichen Regionen noch große Defizite. Doch auch dünn be-  
115 siedelte Gebiete haben einen Anspruch auf eine flächendeckende Versorgung mit Breitband-  
116 anschlüssen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass allein der Markt die Lücken in der Breit-  
117 bandversorgung nicht schließt. Die niedersächsische SPD drängt darauf, dass die flächende-  
118 ckende Breitbandversorgung durch Förderprogramme sichergestellt wird. Andere Bundeslän-  
119 der sind dabei Vorbild. Die privaten Anbieter, die sich bei ihrem Netzausbau bisher nur auf  
120 dicht besiedelte Gebiete konzentrieren, sind aufgefordert, sich bei der Schließung der Lücken in  
121 Niedersachsen angemessen zu beteiligen.

### 122 **3. Wirtschaft, Arbeit und Innovation in der digitalen Gesellschaft**

123 Die Digitalisierung verändert die Wirtschafts- und Arbeitswelt grundlegend. Die Etablierung  
124 von neuen Produkten und Dienstleistungen hat neue Berufsfelder und Arbeitsformen zur Fol-

125 ge; es entstehen Chancen für Beschäftigung und gesamtgesellschaftliche Wertschöpfung. Die-  
126 ser Prozess geschieht aber nicht von selbst – der Wandel muss politisch gestaltet werden durch  
127 eine passgenaue Förderpolitik. Die digitale Wirtschaft ist ein Wachstumsmotor in Deutschland.  
128 Die Unternehmen benötigen wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die die Entwicklung  
129 neuer Technologien und die Umsetzung innovativer Konzepte bestmöglich unterstützen. Die  
130 Zukunft Niedersachsens liegt in wissensintensiven und hoch-innovativen Produkten und  
131 Dienstleistungen. Deshalb muss Niedersachsen zu einem herausgehobenen Forschungs- und  
132 Entwicklungsstandort werden.

133 Die Grundlagen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung und Innovationen zumal im  
134 Mittelstand sind *talents and capital*. An diesen Anforderungen sollte sich Wirtschaftspolitik in  
135 Niedersachsen orientieren. Kreative Köpfe und technisch gut ausgebildete Fachkräfte sind die  
136 Garanten für wirtschaftlichen Erfolg. Bildungs- und Hochschulpolitik müssen die Potenziale der  
137 Digitalisierung besser nutzen und in die Lehre integrieren. Notwendig sind pädagogische Kon-  
138 zepte, die moderne ITK-Technologien zum alltäglichen Lern- und Lehrmedium machen. Die  
139 Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Schulen auf der einen und digitaler bzw. ITK-  
140 Wirtschaft auf der anderen Seite muss intensiviert werden. Denkbar sind Zusammenschlüsse  
141 auf Basis von Clustern von Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen zu so  
142 genannten ITK-Regionen, um Know-How zu bündeln und Wissenstransfer zu befördern. Das  
143 Ziel ist auch die Vermittlung einer Gründer-Kultur in den Hochschulen und weiteren Bildungs-  
144 einrichtungen. So entstehen regionale Inkubatoren für wirtschaftliches Wachstum.

145 Niedersachsen muss die Gründung von IT und Internet-Unternehmen passgenau und unbüro-  
146 kratisch fördern. Konkret fordern wir einen niedersächsischen Internet-Gründerfonds. Der  
147 Dschungel aus unterschiedlichen wirtschaftlichen Projekt-Fördertöpfen muss verschlankt wer-  
148 den und den zentralen Zielen einer nachhaltigen Gründungs- und Innovationsförderung ange-  
149 passt werden. Hierfür setzen wir auch auf schnell verfügbare Mikrokredite. Ein besonderes Au-  
150 genmerk soll hierbei auch auf Förderung im Bereich Open-Source-Software gelegt werden – ein  
151 Ziel soll die Gründung eines Open-Source-Clusters sein.

152 Das Land Niedersachsen muss zudem mehr Verantwortung bei der Forschungsförderung über-  
153 nehmen. In kaum einem Wirtschaftssektor – vom Fahrzeugbau über den Handel bis zum Ma-  
154 schinenbau – sind heute Innovationen und Wachstum ohne den massiven Einsatz von ITK-  
155 Technologien denkbar. Dennoch hängt die ITK-Forschung in Deutschland im internationalen  
156 Vergleich hinterher. Die zur Verfügung stehenden Forschungsmittel wollen wir daher aufstoc-  
157 cken und ihre Vergabe an der wirtschaftlichen Wirksamkeit ausrichten.

158 Die Bereitstellung von Infrastruktur ist eine vornehmliche Staatsaufgabe. Wir verstehen den  
159 Zugang zum Internet als einen essentiellen Teil der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvor-  
160 sorge. Dazu gehört neben dem Breitbandausbau auch eine stärkere Positionierung im Bereich  
161 der intelligenten Netze. Die Potenziale von Technologie für die klassischen Elemente der öf-  
162 fentlichen Daseinsvorsorge von Bildung über Gesundheit bis hin zu Verkehr und Energie sind  
163 längst nicht genutzt. E-Learning, E-Health, E-Mobility und E-Energy sind bisher nur Schlagworte  
164 und ein Versprechen für die Zukunft. Niedersachsen kann Vorreiter bei der Entwicklung von  
165 intelligenten und effizienten Netzen werden, wenn es Anreize für Investitionen schafft und  
166 Rahmenbedingungen für den Ausbau intelligenter Netze setzt. Besonders im Bereich E-Energy  
167 und der Erprobung von *smart grids* und *smart meter* kann eine effizientere Energienutzung

168 gewährleistet werden. Wir wollen dafür ein Förderprogramm auflegen, das die Gründung von  
169 Modellregionen vorsieht.

170 Die Landesregierung und -verwaltung muss sich auch seiner Rolle als Nachfragerin bewusst  
171 werden. Open-Source-Lösungen und freie Software sollen in öffentlichen Verwaltungen und  
172 Behörden eine größere Rolle spielen, um die Dienstleistungsqualität der Behörden für die Bür-  
173 gerInnen zu erhöhen und gerade den ITK-Mittelstand zu fördern. Auch bei der Beschaffung und  
174 Nutzung von Green-IT kann das Land Niedersachsen als Nachfrager und Kunde deutliche öko-  
175 nomische Akzente setzen.

176 Neben der gesellschaftlichen Bedeutung einer umfassenden Open-Data-Strategie kann diese  
177 auch einen Anreiz für Innovationen und das Entstehen neuer Produkte setzen. Durch die  
178 schrittweise Veröffentlichung von öffentlichen Daten, die frei zugänglich und in offenen Stan-  
179 dards ins Netz gestellt werden, entstehen – wie es vergleichbare Initiativen in Europa oder den  
180 USA bewiesen haben – neuartige Produkte und Anwendung zur Nutzung dieser Daten. Daraus  
181 ergibt sich konkrete Wertschöpfung. Selbstverständlich sind personenbezogene oder sicher-  
182 heitsrelevante Daten von der Veröffentlichung ausgeschlossen. Niedersachsen kann auch hier  
183 zum Vorreiter für Transparenz und Innovationen werden.

184 Wir wollen uns zudem für eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität einsetzen, um Dis-  
185 kriminierung von Nutzern und Diensten zu verhindern und Innovationsmöglichkeiten im Inter-  
186 net aufrecht zu erhalten. Um all diese Ziele zu koordinieren und erreichen zu können, wollen  
187 wir im Landeswirtschaftsministerium eine eigene Abteilung für die IT- und Kreativwirtschaft  
188 geschaffen.

189 Auch die Digitalisierung der Arbeitswelt erfordert neue politische Lösung. Mit der Digitalisie-  
190 rung geht die Entstehung von völlig neuartigen Berufen einher, deren Ausbildung und soziale  
191 Absicherung neue Regelungen erfordern. Auch im Bereich der Weiterbildung entstehen neue  
192 Anforderungen. Die Digitalisierung löst räumliche und zeitliche Beschränkungen von Arbeit  
193 teilweise auf. Das bedeutet neue Möglichkeiten für die bessere Vereinbarkeit von Familie und  
194 Beruf durch Telearbeit und die Verabschiedung von reinen Arbeitszeitmodellen hin zu Leis-  
195 tungsvereinbarungen mit flexiblerer Zeitgestaltung.

196 Die soziale Absicherung von freien Kreativen oder Solo-Selbstständigen in der Internet-  
197 Wirtschaft ist für uns eine zentrale Aufgabe der Zukunft. Ebenso muss der Staat in der Weiter-  
198 bildung von älteren Bürgerinnen und Bürgern im IT- und Internet-Sektor eine stärkere Verant-  
199 wortung wahrnehmen, um Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
200 trotz der rasant wachsenden technischen Herausforderungen im Arbeitsalltag zu sichern und  
201 auszubauen – entsprechende Modelle lokaler Träger wollen wir besonders fördern. Der Grün-  
202 dung von Coworking-Spaces stehen wir positiv gegenüber. Hier ist zu prüfen in wie fern das  
203 Land diese Entwicklung fördern kann, beispielsweise durch die Bereitstellung von Gründungs-  
204 zuschüssen, Räumlichkeiten und technischer Infrastruktur.

#### 205 **4. Politisches Handeln in der digitalen Gesellschaft**

206 Die digitale Gesellschaft wird unsere Demokratie entscheidend verändern. Der politische Bera-  
207 tungs- und Entscheidungsprozess ist schon heute durch einen medial projizierten und digital  
208 produzierten Informationsfluss geprägt. Die Folge ist eine schnellere Taktung, aber auch höhe-

209 re Transparenz und öffentliche Reflektion politischer Entscheidungen. Wir sind allerdings da-  
210 von überzeugt, dass die digitale Gesellschaft nicht nur diesen beobachtbaren Wandel, sondern  
211 erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten für die *Demokratisierung unserer Demokratie* bietet. Kon-  
212 kret muss es darum gehen, mithilfe des Internets mehr Menschen am demokratischen Diskurs  
213 zu beteiligen. Wir sind davon überzeugt, dass durch die Möglichkeiten der digitalen Kommuni-  
214 kation Barrieren für die Teilnahme am politischen Prozess wegfallen. Doch letztlich liegt es an  
215 Regierungen, Parlamenten und Parteien, neue politische Interaktionsformen auch zu organisie-  
216 ren und zu implementieren.

217 Der zentrale Ort der Demokratie in Niedersachsen ist unser Landtag. Wir wollen ihn mithilfe  
218 neuer Technologien öffnen: Durch Live-Streams und ein umfassendes Internet-Angebot mit  
219 weitreichenden Informations- und Interaktionsschnittstellen wollen wir die Arbeit unseres  
220 Landesparlaments transparenter und in der Konsequenz auch attraktiver gestalten. Doch die  
221 Demokratisierung von Landespolitik ist keine rein technische, sondern eine genuin politische  
222 Frage: Wir wollen das Petitionsrecht und die Geschäftsordnung verändern, um die Teilnahme  
223 am Gesetzgebungsprozess für mehr Menschen zu öffnen. Konkret schlagen wir bei allen Ent-  
224 scheidungsprozessen eine „Phase der Bürgerbeteiligung“ vor, die primär online organisiert  
225 werden kann und in der Geschäftsordnung des Landtages verankert werden muss. Wir rufen  
226 alle Abgeordneten aller Fraktionen auf, durch ihr eigenes Handeln diesen Prozess zu fördern:  
227 Netzbasierter Bürgerdialog kann nur entstehen, wenn ihn Abgeordnete zum integralen Teil  
228 ihres politischen Handelns machen. Diese Aufgabe stellen wir uns auch selbst für unsere Arbeit  
229 innerhalb unserer Partei.

230 Die digitale Gesellschaft verlangt eine neue Art des Regierens. Dazu gehören Strategien wie  
231 *Open Data* und *Open Government*, die in anderen Staaten bereits zu mehr Transparenz und  
232 Beteiligung geführt haben. Wir wollen diese Modelle auch in Niedersachsen anwenden. Kon-  
233 kret wollen wir ein landesweites Daten-Portal aufbauen, in dem alle staatlich erhobenen, aber  
234 nicht sicherheitsrelevanten und personenbezogenen Daten veröffentlicht und als Rohdaten  
235 über *APIs* zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wollen wir dafür Sorge tragen, dass eine  
236 sozialdemokratische Landesregierung neue Formen der Bürgerinformation und -beteiligung  
237 einführt. Wir wollen unsere politische Kommunikation vom Kopf auf die Füße stellen: Unser  
238 Publikum sind nicht die Medien, sondern die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens selbst.  
239 Entsprechend wollen wir die Informationsangebote der Landesregierung und -verwaltung ges-  
240 talten. Die Vorgaben zur Barrierefreiheit müssen schnell und konsequent umgesetzt werden.  
241 Um diese Aufgaben zu bündeln und verantwortlich zuzuordnen, werden wir eine neue Abtei-  
242 lung innerhalb der Staatskanzlei aufbauen, die die Verantwortung für die digitale Kommunika-  
243 tion in neuen Medien zur Aufgabe hat.

244 Dieses Politikverständnis von Transparenz und Beteiligung beschränken wir nicht auf die Lan-  
245 desebene. Im Gegenteil: Gerade in den Kommunen muss es Anwendung finden. Deswegen  
246 werden wir ein Förderprogramm auflegen, von dem Kommunen profitieren sollen, die innova-  
247 tive, mithilfe von neuen Medien und durch digitale Technologien gestützte Projekte etablieren,  
248 die vor Ort zu mehr demokratischem Diskurs führen. Schon jetzt wollen wir damit beginnen,  
249 indem wir dort, wo wir kommunale Verantwortung tragen, entsprechende Modelle erproben.  
250 Im Bereich der kommunalen Verwaltung wollen wir E-Government und Open-Source-  
251 Anwendungen besonders fördern, indem wir landesseitig Systemlösungen erarbeiten und den  
252 Kommunen anbieten.

## **Glossar**

### **API**

„Application Programming Interface“: Offene Schnittstelle zu einer Software, über welche diese Daten abgerufen und gespeichert werden können.

### **Barrierefreiheit**

Gestaltung von Software, damit sie von jedem Menschen unabhängig von einer eventuell vorhandenen Behinderung uneingeschränkt benutzt werden können.

### **Breitband**

Breitband beschreibt einen Internetanschluss mit mindestens zwei Megabit (Mbit) pro Sekunde (ca. 15fache ISDN-Geschwindigkeit)

### **Cluster**

Netzwerk von Firmen und Forschungseinrichtungen im Internet zu einem bestimmten Thema und räumlicher Nähe.

### **Coworking-Space**

Ein Coworking-Space stellt flexible Arbeitsplätze und Infrastruktur (Netzwerk, Drucker, Scanner, Fax, Telefon, Beamer, Besprechungsräume) auf Tages-, Wochen- oder Monatsbasis zur Verfügung.

### **E-Energy**

Umfassende digitale Vernetzung und Optimierung des Energieversorgungssystems durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT, auch IuK-Technologie).

### **E-Government**

Vereinfachung und Durchführung von Prozessen zur Information und Kommunikation innerhalb und zwischen staatlichen und kommunalen Institutionen sowie zwischen Bürgern und Unternehmen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken.

### **E-Health**

Anwendung elektronischer Medien im Rahmen der medizinischen Versorgung und anderer Gesundheitsdienstleistungen.

### **E-Learning**

Nutzung von elektronischen oder digitalen Medien für die Präsentation und Distribution von Lernmaterialien und/oder zur Unterstützung zwischenmenschlicher Kommunikation beim Lernen.

### **E-Mobility**

Abwicklung von Aufträgen und Geschäftsprozessen über das Internet.

### **Green-IT**

Informations- und Kommunikationstechnologie umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten und zu nutzen (CO<sub>2</sub>-Einsparung, Recycling, usw.)

### **Hotspot**

Über einen (i.d.R. öffentlichen und drahtlosen) Hotspot können sich Computer und Handys ins Internet einwählen

### **Kreativwirtschaft**

Wirtschaftssektor, dessen Unternehmen mit künstlerischen und kulturellen Gütern und künstlerischen Ideen in Verbindung mit technologischer, innovativer und wissenschaftlicher Kreativität primär erwerbswirtschaftlich tätig sind.

### **Live-Stream**

Übertragung von Audio und Video übers Internet.

### **Mikrokredit**

Kleinstkredite zwischen 1.000 und 20.000 Euro zur Gründung von Unternehmen.

### **Netzneutralität**

Neutrale Datenübertragung im Internet. Zugangsanbieter übertragen Daten von und an ihre Kunden unverändert und gleichberechtigt, unabhängig davon, woher diese stammen oder welche Anwendungen die Daten generiert haben.

### **Netzpolitik**

Querschnittspolitikfeld welches sich mit dem Internet und der digitalen Gesellschaft beschäftigt.

### **Open Data**

Zugänglichmachung von öffentlichen Daten (z.B. Staat oder Kommune) für jedermann zur kostenfrei Weiternutzung.

### **Open Government**

Öffnung von Regierung und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft.

### **Open Source**

Software, in den meisten Fällen kostenfrei, deren Quelltext (also der Programmiercode) offen ist und von jedem weiterentwickelt werden kann.